



Dr. Konstantin v. Notz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Innenpolitischer Sprecher
Sprecher für Netzpolitik

Dr. Konstantin v. Notz, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1.624
Telefon: 030 / 2 27 – 7 21 22
Fax: 030 / 2 27 – 7 68 22
E-Mail: konstantin.notz@bundestag.de

Wahlkreis
Marktstraße 8 · 23879 Mölln
Telefon: 04542 / 83 07 00
Fax: 04542/ 9 85 48 86
E-Mail: Konstantin.notz@wk.bundestag.de

26. August 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

die seit Anfang Juni diesen Jahres von Edward Snowden veröffentlichten Informationen erfüllen Internet-Nutzer/innen in Deutschland zunehmend mit Sorge. Die bislang bekanntgewordenen Einzelheiten zeichnen ein erschreckendes Ausmaß der Internet- und Telekommunikationsüberwachung deutscher Bürger/innen durch Geheimdienste auch westlicher Demokratien, auch und vor allem durch den US-Geheimdienst NSA. Die wesentlichen Erkenntnisse werden von der US-Regierung eingeräumt bzw. nicht dementiert.

Im Mittelpunkt des Interesses privater Internet-Nutzer/innen in Deutschland stehen dabei auch die von Ihnen angebotenen Dienstleistungen im Internet. Programme wie PRISM oder auch der Einsatz von XKeyscore ermöglichen flächendeckende Erfassungen und Auswertungen insbesondere der auf Ihren Plattformen eröffneten Internetkommunikationsformen. Ganz offenkundig wird dabei auch auf die Daten ihrer Kunden/innen hier in Deutschland zugegriffen, auch wenn es sich nach Ihren bisherigen Stellungnahmen nicht um „direkte“ Zugriffe handeln mag. Die genannten Programme sind nach allen uns bislang vorliegenden Informationen massive Verstöße gegen menschen- und datenschutzrechtliche Regelungen des deutschen Grundgesetzes wie auch internationaler Menschenrechtsinstrumente sowie gegen grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien. Sollte es uns nicht gelingen, diese schwersten Missachtungen völker- als auch menschenrechtlicher Grundsätze abzustellen, befürchten wir bleibenden und in seinen Folgen für uns alle noch überhaupt nicht absehbaren Schaden für unsere Demokratie, für die Kommunikation im Netz, aber auch einen massiven Vertrauensverlust in die Nutzung des Netzes als solches, das Cloud Computing als auch andere dort angebotene Dienstleistungen.

Wir unterstützen Sie in Ihrem auch öffentlich vorgetragenem Engagement und Bestreben, mehr Transparenz hinsichtlich der staatlichen Überwachung und der zahlreichen staatlichen Zugriffe



Dr. Konstantin v. Notz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Innenpolitischer Sprecher
Sprecher für Netzpolitik

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 26.08.2013

auf die bei Ihnen vorhandenen Kundeninformationen erzielen zu wollen. Die deutschen Verbraucher/innen sollten sich ein eigenes Bild vom konkreten Umfang der gegen Sie verfügbaren staatlichen Anordnungen machen können.

Gleichwohl ist uns aufgefallen, dass Sie und Ihr Unternehmen in der aktuellen Diskussion die zugrundeliegende Überwachung selbst bisher nicht in Frage gestellt haben. In der aktuellen US-amerikanischen Diskussion wird ausschließlich um die Zulässigkeit der Erfassung von US-Bürger/innen durch die genannten NSA-Programme gestritten. Mit keinem Wort aber wird, zumindest nicht öffentlich, die weitreichende Bespitzelung von aus US-Sicht Drittstaatsangehörigen wie eben den Bundesbürger/innen thematisiert, auch und besonders nicht durch Ihre Unternehmen.

Dieses Schweigen von Ihrer Seite ist für uns nicht nachvollziehbar. Ein wesentlicher Teil Ihrer geschäftlichen Tätigkeit findet in Europa und gerade auch in Deutschland statt. Sie rechnen Presseäußerungen nach aufgrund von Vertrauensverlusten durch die Überwachungsthematik selbst mit erheblichen negativen Folgen insbesondere für das Cloudgeschäft. Ich meine, Sie verdienen das Vertrauen Ihrer Kunden/innen in Deutschland hier auch nur in dem Maße, wie sie sich bei ungerechtfertigten Übergriffen durch welchen Staat auch immer deutlich vernehmbar und schützend vor Ihre eigenen Kunden/innen stellen. Sie sind die eigentlichen Betroffenen der Überwachung.

Wir möchten Sie deshalb bitten uns mitzuteilen, was Ihr Unternehmen seit dem Bekanntwerden der genannten NSA-Programme unternommen hat, um die Sicherheit und den Datenschutz ihrer deutschen Kunden/innen entsprechend zu gewährleisten. Wir möchten Sie auch bitten zu erläutern, weshalb Sie bislang darauf verzichtet haben, öffentlich gegen die Überwachung selbst und deren Rechtsgrundlagen aufzutreten.

Wir appellieren an Sie, sich öffentlich dafür einzusetzen und Ihr politisches Gewicht dafür einzubringen, dass die umfassend angelegte Überwachung des Internets durch die NSA umgehend eingestellt wird. Sorgen Sie mit dafür, dass auch in Washington substanzielle und internationale Datenschutzgrundsätze einhaltende Verbesserungen für den Schutz Ihrer Kunden auch in Deutschland erzielt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Konstantin v. Notz